

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 15 M. monatlich. Einzelne Nrn. 80 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 5 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 M., unter Eingeladn. 12 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsankündigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentendank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und preisgepächlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 94

Sonnabend, 22. April

1922

Dresden, 21. April.

## Der amerikanische Botschafter in Berlin eingetroffen.

(Eigene Meldung.)

Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Hughson, ist gestern vormittags, aus Koblenz kommend, in Berlin eingetroffen. Er wurde von einem Vertreter des auswärtigen Amtes, Legationsrat Jülich, ferner von dem ersten amerikanischen Botschaftssekretär Pennoyer empfangen, der den Botschafter im Namen der amerikanischen Botschaft begrüßte. Botschafter Hughson dankte für den Empfang und ließ sich dann durch Oberst Anoz die übrigen auf dem Bahnhof erschienenen Herren der amerikanischen Botschaft vorstellen, worauf er sich in das Botschaftsgebäude begab.

Der Botschafter gewährte noch im Laufe des gestrigen Tages dem Berliner Vertreter des „United Telegraph“ eine Unterredung, in deren Verlauf er u. a. das Folgende ausführte: „Es gereicht mir zum großen Vergnügen, wieder in Berlin zu sein. Ich war hier vor vielen Jahren als Student, wie Sie wissen. Ich bin zurzeit wieder hierher zurückgekehrt und habe natürlich mein Interesse an deutschen Angelegenheiten bewahrt. Ich sehe daher selbstverständlich meiner Aufgabe als offizieller Vertreter meines Landes hier mit Erwartungen entgegen.“

## Falsche Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.

Pariser Blätter haben die Behauptung aufgestellt, die deutsche Regierung habe etwa 12.000 Mann Stoßtruppen nach dem Ruhrgebiet abgehen lassen und in Oberschlesien angelandigt, daß sie bereit zum Widerstand sei. Diese Nachrichten sind in allen Teilen erfunden. Jemand eine Verschönerung von Teilen der Reichswehr oder von Polizeikräften hat nicht festgefunden. Ebenso unverständlich und aus der Luft gegriffen ist die Behauptung von einem beabsichtigten Widerstand in Oberschlesien.

## Neue Erhöhung der Postgebühren.

Der Verkehrsminister im Reichspostministerium ist gestern zu Beratungen zusammengetreten, um im Verein mit den zuständigen Referenten über die bevorstehenden Erhöhungen der Postgebühren zu beraten, die durch die letzte Erhöhung der Gehälter und Löhne für die Postbeamten und Arbeiter notwendig geworden sind. Reichspostminister Sieberts begrüßte einleitend die neue Gehaltserhöhung mit der Freundschaft eingetretene Erhöhung der Betriebskosten und der notwendigen Kosten für jeglichen Lebensunterhalt, die Anfang April auch zu einer Erhöhung der Löhne und Gehälter geführt habe. Durch Ersparnisse allein könnten diese neuen Ausgaben, die etwa 5 Milliarden M. betragen, nicht eingedeckt werden. Sie müßten, so unpopulär das auch sei, und so schwere wirtschaftliche und kulturelle Entbehrungen es bedeute, durch Tarifserhöhungen gedeckt werden. Die Verhandlungen mit dem Verkehrsminister über die Gehaltserhöhung aller Gebührensätze dauern fort. Die dann beschlossenen Gebührensätze unterliegen später noch der Zustimmung des Reichstags und des Reichstagsausschusses.

Über die geplanten neuen Tarifsätze berichten wir an anderer Stelle in dieser Nummer.

## Die Neuregelung der Lohnbezüge der Bergarbeiter.

Unter der Leitung des Reichsarbeitsministeriums fanden gestern Verhandlungen zur Neuregelung der Lohnbezüge der Bergarbeiter statt. Der Schiedspruch, der die Löhne vom 20. d. M. ab festsetzt und ihre Regelung bis Ende Mai vorseht, wird am Vormittag in einer Konferenz der vier Bergarbeiterorganisationen, die im Reichstage zusammengetreten war, mit überwältigender Mehrheit angenommen.

## Die deutsche Antwort.

Zi: heute dem Präsidenten der italienischen Delegation überreichte deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut:

Deutsche Delegation.

Genua, den 21. April 1922.

Herr Präsident!

Kaj das von Ihnen gemeinsam mit dem Herrn Vorsitzenden der französischen, britischen, japanischen, belgischen, tschechoslowakischen, polnischen, südafrikanischen, rumänischen und portugiesischen Delegation unterzeichnete Schreiben vom 18. d. M. beehre ich mich, folgendes zu erwidern:

Seit mehreren Jahren hat Deutschland die russische Sowjetrepublik anerkannt. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern über die Folgen des Kriegszustandes war jedoch notwendig, bevor die ordentlichen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. Die Verhandlungen, die hierüber zwischen den beiden Regierungen geführt wurden, waren schon vor mehreren Wochen soweit vorgeschritten, daß sie einen Abschluß ermöglichten. Die russische Verhandlung war für Deutschland deshalb besonders wichtig, weil hier die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten zu einem Friedenszustand zu gelangen, der alle dauernde Schuldnerschaft ausschließt und von Grund auf erneuert, durch die Vergangenheit nicht belastete freundschaftliche Beziehungen ermöglicht. Deutschland ging nach Genua mit dem herzlichsten Wunsch auf gemeinsame Arbeit mit allen Völkern zur Wiederaufrichtung des lebendigen europäischen Gedächtnis, im Vertrauen auf das wechselseitige Verständnis für die Sorgen aller seiner Mitglieder. Die Verschläge des Londoner Programms liegen die deutschen Interessen außer acht. Ihre Unterzeichnung hätte dadrüber Reparationsansprüche Englands gegenüber Deutschland hervorgerufen. Eine Reihe von Bestimmungen hätte dazu geführt, daß die Folgen der zaristischen Kriegsgeschehnisse Deutschland allein zur Last gefallen wären. Wiederholt hat die deutsche Delegation Mitglieder der Delegationen der einladenden Mächte in eingehenden Besprechungen auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Dies ist jedoch ohne Erfolg geblieben. Vielmehr wurde der deutschen Delegation bekannt, daß die einladenden Mächte Sonderverhandlungen mit Russland eingeleitet hatten. Mitteilungen über diese Verhandlungen ließen darauf schließen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstand, daß aber die Berücksichtigung der gerechten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen war. Die deutsche Delegation ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß

sie gezwungen sei, ihre Interessen unmittelbar zu vertreten, da sie sonst in die Lage gekommen wäre, sich in der Kommission einem Entwürfe gegenüberzusetzen, der für sie unannehmbar, aber von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereits vereinbart war. Der Vertrag mit Russland ist deshalb am Sonntagabend in genauer Übereinstimmung mit dem bereits vor Wochen aufgestellten Entwurf unterzeichnet und alsbald bekanntgegeben worden. Dieser Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, daß die deutsche Delegation den Weg der Verhandlungen mit Russland nicht aus Mangel an Gemeinheitsgefühl, sondern aus zwingenden Gründen beschritten hat. Er zeigt ebenso deutlich, daß die deutsche Delegation bestrebt gewesen ist, von ihrem Verfahren jede Heimlichkeit fernzuhalten. Es würde durchaus den Wünschen der deutschen Delegation entsprechen, wenn auf der Konferenz eine allgemeine Regelung der russischen Frage gelänge und wenn in diese Gesamtregelung der deutsch-russische Vertrag eingegliedert werden könnte. Die Möglichkeit hierfür ist sehr wohl gegeben. Der Vertrag greift in das Verhältnis dritter Staaten zu Russland in keiner Weise ein. Auch ist er in jeder seiner Bestimmungen von dem Geboten getragen, dessen Verwirklichung Sie mit Recht als das Hauptziel der Konferenz bezeichnen, nämlich vom Geiste, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und eine Grundlage für den gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau zu schaffen sucht.

Was die weitere Behandlung der russischen Frage auf der Konferenz betrifft, so hält auch die deutsche Delegation es für richtig, daß sie sich an den Beratungen der ersten Kommission über die Fragen, die den zwischen Deutschland und Russland bereits geregelten Fragen entsprechen, nur dann beteiligt, wenn etwa ihre Mitarbeit besonders gewünscht werden sollte. Dagegen bleibt die deutsche Delegation an allen denjenigen der ersten Kommission übertragenen Fragen interessiert, die sich nicht auf die im deutsch-russischen Vertrag geregelten Punkte beziehen. Die deutsche Delegation hat mit Vergnügen die Entwicklung begrüßt, welche die Verhandlungen der Kommission genommen haben. Sie sieht sich einig mit dem Geiste der Solidarität und des Vertrauens, der diese Arbeiten besetzt. Weit entfernt von dem Gedanken, sich von der europäischen Gemeinschaftlichkeit abzuwenden, ist sie bereit, an den von der Konferenz von Genua zu erfüllenden Aufgaben im Sinne der Völkerverständigung und im Sinne des künftigen friedlichen und wirtschaftlichen Wohls mitzuarbeiten.

Gewichtigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung,  
gez. Wirtz.

## Zum Hinscheiden Otto Huß.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat zugleich im Namen der Reichstagsfraktion an die Witwe des Genossen Huß folgendes Beileidstelegramm gerichtet:  
„Zum Tode Ihres Gatten sagen wir Ihnen unser herzlichstes Beileid. Mit Huß ist wieder einer der erfolgreichsten Vorkämpfer des proletarischen Kampfes erloschen. Die deutsche Arbeiterklasse wird ihn nie vergessen. Das möge Sie in Ihrem tiefen Schmerze trösten.“

## Die neue Gehaltsbewegung der Beamtenschaft.

(Eigene Meldung.)

Gestern vormittags haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen der einzelnen Besoldungsreferenten über die neuen Gehaltsforderungen der Beamtenchaft begonnen. Wenn diese Besprechungen beendet sind, wird eine Konferenz der Finanzminister der Länder stattfinden, auf der die Konzeptionen festgesetzt werden sollen, die von der Reichsregierung den Beamten und Arbeitern bewilligt werden können. Ob eine gemeinsame Aktion der Beamtenverbände in der Frage der Gehaltsaufbesserung möglich sein wird, hängt von der Entwicklung der Auseinandersetzungen in der Reichsbeamtenenschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter ab, die noch immer nicht beendet sind.

## Der Berliner Türkenmord.

Gestern wurden in Leipzig zwei armenische Studenten verhaftet, die dringend verdächtig sind, an dem Mordanschlag auf die beiden jungtürkischen Politiker in Berlin beteiligt gewesen zu sein. Die beiden Armenier, die in Leipzig bei einem Sprachlehre Unterricht nahmen, hatten um einen kurzen Urlaub gebeten, angeblich um zu ihren Familien nach Berlin zu reisen. Der Sprachlehrer, der durch die Zeitungsmeldungen die Verdächtigungen erfahren hatte, schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Beide wurden nach ihrer Verhaftung in Leipzig sofort fotografiert und die Bilder nach Berlin geschickt. Hier stellten die Witwe Talat Paschas und die Witwe des ermordeten Bahri-eddin-Chalife fest, daß einer der Photographierten derjenige war, der die Witwe Talat Paschas vor der Verdächtigtheit zurückhielt und mehrere Schüsse abgab. Auch die Hausverwalterin des Hauses Uhlenstraße 47, vor dem der Anschlag verübt wurde, stellte das gleiche fest. Die Verdächtigten werden nach Berlin übergeführt und den Angehörigen der Ermordeten gegenübergestellt werden. Auch die in Berlin wohnenden Familien der beiden Studenten wurden festgenommen.

## Amerikas Grundzüge für Genua.

Der amerikanische Botschafter in Rom, Richard D. Child, der zurzeit in Genua weilte und dort in den letzten Tagen wiederholt mit unserer Delegation Besprechungen gehabt hat, hat den bisher nicht veröffentlichten Wortlaut seiner Programmnote, die er unmittelbar vor der Konferenz in der amerikanischen Handelskammer in Mailand gehalten hat, dem Genueser Vertreter der „Biossischen Zeitung“ zur Verfügung gestellt. Wir veröffentlichen nachstehend die wesentlichen Darlegungen.

Jeder Amerikaner im Ausland — sei er ein diplomatischer Beamter, der das internationale Gewebe zwischen zwei Großmächten zusammenknüpfen soll, sei er ein Handelsvertreter, der die geschäftliche Zusammenarbeit zweier Länder ausbauen helfen soll, sei er auch nur ein eiliger Studienreisender — hat heute eine Art Pflicht, alle Völker Europas über die wahre Haltung Amerikas zu Europa aufzuklären.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich vor der Welt für nichts zu entschuldigen. Unser Volk hat in diesen letzten schweren Jahren stets seine volle Pflicht erfüllt. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfolgen auch keine Ziele, deren Enttötung die Welt erst zu fordern hätte. Wir haben unsere Absichten niemals verborgen und werden sie auch künftig niemals verheimlichen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und ihr Volk bleiben vorfristig verständig gegen die Gefahren und Zufälle dieser Tage, indem sie sich vor jedem Wahn und vor jedem vorläufigen Entschluß hüten. Wenn noch jemand in Europa glaubt, Amerika habe kein Gefühl für die Not der Welt, so ermannt er der richtigen Kenntnis von Amerikas Volk. Es gibt keinen verständigen Menschen in Amerika, und die verständigen Menschen sind dort in großer Mehrheit, es gibt aber auch keinen verständigen Menschen in der übrigen Welt, der noch nicht wußte, daß die Not der Welt nur geholt werden kann durch Erneuerung des Handels, durch Erneuerung des industriellen Produktionsgesistes, durch Erneuerung des regen Verkehrs zwischen Volk und Volk.

Dennoch muß gleich ein anderer Grundsatze ausgesprochen werden: Das Gewissen unseres Volkes, sein Bestand und sein Gemeinwohl beharren darauf, daß unsere Mitarbeit, das Gut wieder in den Weltläden pulseren zu lassen, die gesunde, schöpferische Tätigkeit der Menschheit wieder in vollen Gang zu bringen, scharf getrennt bleiben muß von allen Bestrebungen der gefährlichen Kräfte in der Welt.

Die erste dieser gefährlichen Kräfte der Welt ist die Furcht. Kein Volk der Welt kann sich verunsichert an die Erzeugung neuen Reichtums begeben, solange es fürchten muß, der von ihm erzeugte Reichtum könnte ihm wieder durch Gewalt oder Betrug abgenommen werden. Die amerikanischen Geschäftsleute wissen am besten, was halbabschneidende Methoden auf dem Gebiete des Geschäfts bedeuten.

Da Furcht durch Angst und Habsucht verursacht wird, werden wir Amerikaner und auch dagegen werden. Wir stehen Schulter an Schulter mit jenen Völkern, die sich darauf verstehen, Reichtum zu erzeugen, und die mit dem wirklichen Wiederaufbau begonnen haben. Wir können und jedoch nicht neben jene Völker stellen, die, statt an der Erzeugung von Reichtum mitzuarbeiten, erkennen lassen, daß sie Reichtum nur ansammeln wollen und dazu verwerfliche Hilfsmittel vorbereiten.

Wir sind gegen diese Politik, Reichtum nur anzusammeln, die sich deutlich vom Erzeugen des Reichtums unterscheidet. Wir sind dagegen, nicht bloß, weil dies den Weltfrieden gefährdet, sondern weil eine solche Politik dasjenige Volk, das sie treibt, zuletzt bankrott machen muß. Der Empfang von Reichtum, den die Fortsetzer selbst erzeugt haben, war früher ein einträgliches Geschäft; wir prophezeien aber, daß es in der nächsten Weltperiode ein verlustbringendes Geschäft sein wird. Wir sind gegen die Methode, Reichtum anzusammeln, statt ihn zu erzeugen, weil sie ein kriegerisches und riskantes Geschäft ist.

Endlich muß aber noch ein Gedanke zur Sprache gebracht werden, der meiner Ansicht nach für die neue Zusammenfassung der weltwirts-